



Berlin, 09.11.2011

Gewerkschaft der Polizei fordert Stopp des Atomtransports nach Gorleben

Sindelfingen/Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert, den Ende dieses Monats geplanten Castortransport mit Atommüll in das Zwischenlager Gorleben abzusagen. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Der Einsatz ist zu einer Zumutung für unsere Kolleginnen und Kollegen geworden, die wir nicht akzeptieren können.“

In den vergangenen Monaten waren immer wieder Bedenken laut geworden, dass es bei Messung und Berechnung der Strahlendosen zu folgenreichen Fehlern gekommen sei. Unverzüglich habe sich der zuständige GdP-Landesbezirk Niedersachsen daraufhin bemüht, Klarheit in die Irritation um die unklaren Werte zu bringen. GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff: „Bis zur Stunde ist uns die niedersächsische Landesregierung eine nachprüfbare Erklärung schuldig geblieben. Die Zweifel an den offiziellen Messwerten sind bis auf den heutigen Tag nicht ausgeräumt. Wir befürchten eine erhöhte Strahlenbelastung für unsere eingesetzten Kolleginnen und Kollegen und für die Bevölkerung. Damit verstößt der Dienstherr der Polizistinnen und Polizisten gegen seine Fürsorgepflicht.“

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich Alternativen zu diesem umstrittenen Zwischenlager zu finden. Es kann nicht sein, dass unsere Kolleginnen und Kollegen wiederum den Atommüll unter Einsatz ihrer Gesundheit hunderte von Kilometern quer durch Deutschland begleiten müssen, weil die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die Endlagerfrage zu lösen.“

Da für den geplanten Transport wiederum tausende Polizistinnen und Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet eingesetzt werden sollen und diese wichtigen Fragen unbeantwortet geblieben sind, hat der Bundesvorstand der GdP in einer Sondersitzung am Mittwoch, 9. November 2011 in Sindelfingen bei Stuttgart beschlossen, die Absage des Transportes zu fordern. GdP-Vorsitzender Witthaut: „Wir sehen uns gezwungen, die Notbremse zu ziehen.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190